

Antrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

Brandenburger Bündnis für Gute Arbeit

Der Landtag stellt fest:

Brandenburgs Bevölkerung, wird nach der jüngsten Bevölkerungsprognose auf 2,3 Millionen im Jahr 2030 und knapp 2,2 Millionen im Jahr 2040 zurückgehen. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinkt um rund 30 Prozent. Wenn nicht gegengesteuert wird, könnten dann bis zu 460.000 Arbeitsplätze in der Region unbesetzt bleiben. Die Bewältigung von demografischem Wandel, Fachkräftesicherung, Digitalisierung, Sicherung einer weiterhin positiven Wirtschaftsentwicklung, der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Sicherung fairer Entlohnung sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, denen sich Land, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam stellen müssen.

Gute Arbeit ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Die Kernzuständigkeit liegt im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Abstimmung mit dem Ministerium für Wirtschaft. Brandenburg hat gute Erfahrungen in der Bündnisarbeit. Die bestehenden Bündnisse für Fachkräftesicherung, Ausbildungskonsens und Sozialpartnerdialog sind etabliert und setzen wichtige Impulse für die Brandenburger Arbeitsmarktpolitik. Jetzt gilt es, gute Erfahrungen zu verallgemeinern, die verschiedenen Aktivitäten in einem neuen Bündnis für Gute Arbeit stärker zu verknüpfen und so den rasanten Wandel der Arbeit aktiv zu gestalten.

Der Landtag hält fest, dass die Anforderungen und Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheidende Veränderungen bringen werden. Diese Veränderungen müssen frühzeitig als solche erkannt, erforscht, und, wo notwendig, mit regulativen Maßnahmen begleitet werden. Für eine erfolgreiche Bewältigung der zu erwartenden strukturellen Änderungen in der Arbeitswelt ist in den Unternehmen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Beteiligten, insbesondere auch mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretern von großer Bedeutung. Die Potenziale der Digitalisierung können nur dann in der Breite zu Wohlstandsverbesserung führen, wenn sowohl die Unternehmen als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Entwicklung profitieren.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

die Gründung des Bündnisses für Gute Arbeit zügig voranzutreiben und folgende Handlungsfelder in den Mittelpunkt der Arbeit in dieser Legislaturperiode zu stellen:

- Fachkräftesicherung

Die Sicherung und Entwicklung einer ausreichenden Fachkräftebasis in Brandenburg ist eine zentrale Aufgabe der Unternehmen und der Sozialpartner. Die Landesregierung schafft dazu die notwendigen Rahmenbedingungen durch eine ressortübergreifende Fachkräftepolitik in enger Abstimmung mit den wichtigen Partnern.

Die durch das Kabinett am 28. Oktober 2015 beschlossene Fortschreibung der Fachkräftestrategie „Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen“ definiert dafür die wesentlichen inhaltlichen Schwerpunkte und Aufgaben bis 2019. Ausdrücklich zu unterstützen ist das Vorhaben der Landeregierung, sich zukünftig folgenden Themen im Zusammenhang mit der Fachkräftesicherung stärker zu widmen:

- Umsetzung regionaler Innovationstrategien,
 - Internationalisierung der Arbeitsmärkte und die damit verbundene Gewinnung und Integration ausländischer Fachkräfte,
 - Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt,
 - Meisterung der Herausforderungen des demografischen Wandels im ländlichen Raum.
- Erhöhung der Tarifbindung

Über die Fortführung des Sozialpartnerdialoges soll die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen insbesondere zu Ausbildungsentgelten befördert werden. Mit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages gelten die Regelungen, die die Tarifpartner ausgehandelt haben, auch für alle bisher nicht tarifgebundenen Unternehmen und Arbeitnehmer/-innen einer Branche. Es ist weiterhin das Ziel, die Handlungsfähigkeit der Tarifpartner in Brandenburg durch eine höhere Beteiligung bisher nicht organisierter Unternehmen und Beschäftigter zu stärken. Die Erhöhung der Tarifbindung als prioritäres Ziel des Sozialpartnerdialogs soll als wichtiger Baustein für die Fachkräftesicherung stärker in der Wirtschaftspolitik verankert werden. Das Bündnis unterstützt eine mitarbeiterorientierte und mitbestimmungsfreundliche Unternehmenskultur in Brandenburger Betrieben. Hierzu sollten auch die Jugendauszubildendenvertretungen in zukünftige Betriebsrätekonferenzen integriert werden.

- Arbeitsbedingungen und Arbeitsgestaltung

Sicherheit sowie Schutz und Förderung der Gesundheit von Beschäftigten behalten eine hohe Bedeutung. Während infolge erhöhter Flexibilität sowie Digitalisierung von Arbeitsprozessen bei vielen Tätigkeiten psychische Belastungen tendenziell zunehmen, sind für andere Berufe insbesondere im Dienstleistungssektor auch weiterhin physische Belastungen bestimmend. Nur durch verstärkte Prävention lassen sich hieraus entstehende Risiken für die Sicherheit und Gesundheit zurückdrängen.

Im Bündnis ist ein gesellschaftlicher Konsens zu Stellenwert und Qualität von Sicherheit und Gesundheit unter den geänderten Rahmenbedingungen herzustellen. Es ist darauf hinzuwirken, dass die Regularien des Arbeitsrechts und des Arbeitsschutzrechts an die geänderten Bedingungen angepasst werden. Die Instrumente des Arbeitsschutzes und der betrieblichen Gesundheitsförderung sind hierfür noch enger aufeinander abzustimmen. Das Bündnis wirkt darauf hin, dass sich in den Betrieben eine Präventionskultur entwickeln kann, die im Zusammenwirken mit einer hohen Gesundheitskompetenz der Beschäftigten eine sichere und gesunde, alters- und altersgerechte Arbeit ermöglicht.

Der Arbeitszeit kommt eine Schlüsselfunktion für Belastung und Erholung zu. Psychische Belastungen durch hohe Anforderungen an Informationsverarbeitung, Arbeitsintensität und Termindruck bedürfen einer stärkeren Aufmerksamkeit und der Weiterentwicklung erforderlicher Kompetenzen im Bereich der technischen Systemgestaltung sowie der Arbeits- und Arbeitszeitorganisation.

Durch risikobezogene Überwachung und Beratung der Betriebe zum Arbeitsschutz sollen Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen weiter reduziert werden. Insbesondere muss es darum gehen, die betriebliche Arbeitsschutzorganisation effizient und nachhaltig zu gestalten sowie auf der Grundlage von Gefährdungsbeurteilungen in den Betrieben sachgerechte Maßnahmen des Arbeitsschutzes abzuleiten.

- Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Gruppen

Das gemeinsame Arbeitsmarktprogramm des Landes Brandenburg und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit „aktiv – gemeinsam – wirksam“ beinhaltet ein Bündel komplementärer Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Es gilt, diese Maßnahmen konsequent umzusetzen und ihre Wirksamkeit fortlaufend zu bewerten. Das in diesem Kontext unterzeichnete Arbeitsmarktprogramm definiert die Handlungsfelder, in denen eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit beider Partner insbesondere bei der Ausgestaltung und Umsetzung der jeweiligen Aktivitäten für mehr Ausbildung und qualifizierte Beschäftigung sowie für den Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit erfolgt. Bei einer Fortschreibung des Programms unter Einbeziehung und Mitwirkung der zugelassenen kommunalen Träger ist zu prüfen, ob ein speziell für den Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit ausgerichtetes Maßnahmenprogramm aller Beteiligten konzipiert und umgesetzt werden kann.

Die Landesregierung hat eine besondere arbeitsmarktpolitische Verantwortung für die gleichberechtigte berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Dabei geht es darum, eine solide und verlässliche Unterstützung von Arbeitgebern und Beschäftigten mit Behinderungen durch Information, Beratung und passgenaue Leistungen des Integrationsamtes weiter voranzutreiben und durch Kooperationsvereinbarungen mit der Bundesagentur für Arbeit, Kammern und anderen vernetzte Angebote zu sichern. Zudem sollen für Menschen mit Behinderungen neue Chancen zur Arbeitsmarktintegration geschaffen werden, indem vertiefte Berufsorientierungsmaßnahmen verstetigt, betriebliche Ausbildung unterstützt, Beschäftigungsmöglichkeiten in Integrationsprojekten und beim Übergang aus Werkstätten für behinderte Menschen erweitert werden.

Die Landesregierung möchte Flüchtlinge möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integrieren. Die flächendeckende, zeitnahe Verfügbarkeit von Angeboten zum Erlernen der deutschen Sprache ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. Auch durch die jetzt geplante Öffnung der Integrationskurse werden nicht alle Flüchtlinge erreicht, so dass das Landesangebot über das kommende Jahr hinaus ergänzend weitergeführt werden muss. Die Feststellung der mitgebrachten Qualifikationen und Kompetenzen von Flüchtlingen und die Entwicklung darauf aufbauender zielgerichteter Angebote zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Entwicklung regionaler Kooperationsstrukturen und Verfahren zwischen den beteiligten Akteuren hilft, Potentiale zu erkennen und Wege in Ausbildung und Beschäftigung zu ebnen. Perspektivisch soll die Qualifikationen von Flüchtlingen bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes festgestellt werden. Das Land überprüft alle ESF-Förderprogramme auf ihre Zugänglichkeit für Flüchtlinge und erweitert ggfs. die Fördertatbestände. Dies gilt insbesondere auch für flankierende Maßnahmen.

Begründung:

Das Land Brandenburg hat 2013 die Bundesratsinitiative „Gute Arbeit – zukunftsfähige und faire Arbeitspolitik gestalten“ unterstützt. In seiner 92. Sitzung am 3. April 2014 hat der Landtag den Entschließungsantrag „Brandenburg – ein Land der Guten Arbeit“ (DS 5/8809-B) beschlossen und festgestellt, dass Gute Arbeit vor allem eine gerechte Entlohnung, ein ho-

hes Niveau von Entwicklungs-, Einfluss- und Lernmöglichkeiten der Beschäftigten, gesundheitsverträgliches und altersgerechtes Arbeiten sowie Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beinhaltet.

Das Bündnis für Gute Arbeit wird die Gestaltung einer zukunftsfähigen und fairen Arbeitspolitik unterstützen und als vernetzendes und inhaltlich Schwerpunkte setzendes Dach die Arbeit der bestehenden Gremien zusammenführen.

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE